

## Der Landrat

80 - Regionale Entwicklungsprozesse  
Stabstellenleitung N. Servatius  
Frau D. Weinand

## Sitzungsvorlage

Nr. 2018/994

## Beschlussvorlage

<b>Beratung über den Forderungskatalog des Klimaschutzbeirates an die Bundes- und Landespolitik</b>
---

Kreisschulausschuss	29.08.2018	TOP	7
Ausschuss Bauen, Abfall und Kreisstraßenunterhaltung	06.09.2018	TOP	
Ausschuss regionale Entwicklung, Wirtschaft und ÖPNV	24.09.2018	TOP	
Ausschuss Umwelt, Naturschutz, Land- und Forstwirtschaft	08.11.2018	TOP	
Kreisausschuss	26.11.2018	TOP	
Kreistag	17.12.2018	TOP	

**Beschlussvorschlag:**

**Der Kreistag als Volksvertretung der Masterplankommune Lüchow-Dannenberg unterstützt das im Rahmen eines zivilgesellschaftlichen Prozesses erarbeitete Positionspapier zum kommunalen Klimaschutz, das Forderungen an die Bundes- und Landespolitik formuliert.**

**Die Rolle der Landkreise und Kommunen bei der Umsetzung der sehr ehrgeizigen Klimaschutzziele, wie sie sich die Masterplankommunen gesetzt haben, muss gestärkt werden. Dazu ist eine Mitbestimmung bei der Ausarbeitung von landes- und bundesweiten Regelungen genauso erforderlich wie die Benennung des Klimaschutzes als kommunale Pflichtaufgabe, um zusätzlichen Handlungsspielraum zu schaffen.**

**Den Masterplankommunen als Pionierregionen sollte die Möglichkeit gegeben werden, die Erkenntnisse ihrer Arbeit in die Klimaschutzpolitik von Land und Bund einfließen zu lassen.**

**Sachverhalt:**

Durch den Kreistagsbeschluss vom 28.9.2017, gilt der Masterplan 100% Klimaschutz in Lüchow-Dannenberg als „verbindliche Leitlinie für den kommunalen Klimaschutz und die Regionalentwicklung des Landkreises“. Damit hat sich Lüchow-Dannenberg, genau wie 40 andere Klimaschutz-Masterplan-Kommunen (MPK), das ehrgeizige Ziel gesetzt, die von der Bundesregierung in Paris zugesagten Klimaschutz-Ziele auf der kommunalen Ebene umzusetzen.

Die in den Masterplänen beschriebenen Szenarien der Masterplankommunen erfordern tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen und sind theoretisch umsetzbar. Allerdings bedarf es in der Praxis hinsichtlich der Realisierbarkeit, Finanzierbarkeit und der Akzeptanz Rahmenbedingungen, die eine solche ambitionierte Umsetzung ermöglichen. In der Regel sind diese auf der Bundes- sowie auf der Landesebene zu schaffen. Um die Erreichung der Pariser Klimaschutzziele zu unterstützen, wurden unter Beteiligung der aktiven kommunalen Klimaschutzakteure (AK Energie, AK Mobilität u. a.) Vorschläge erarbeitet, die Umsetzungshemmnisse aus der kommunalen Praxis aufgreifen. Die Kernforderungen und einzelnen Vorschläge wurden in einem Forderungskatalog zusammengefasst und dem Klimaschutzbeirat in seiner dritten Sitzung am 29.05.2018 vorgestellt.

Auf Empfehlung des Landrats, soll in den Fachausschüssen mit der Diskussion des Forderungspapiers nach der Sommerpause begonnen werden, um einen Beschluss im Kreistag vorzubereiten.

Der Beschluss des Kreistags sollte sich auf wenige Kernforderungen beschränken und den in einem zivilgesellschaftlichen Prozess entstandenen, bereits vorliegenden Forderungskatalog als Anlage zum Beschluss des Kreistags unterstützen.

**Anlagen:**

Forderungskatalog: Klimaschutz kommunal – Forderungen an die Politik in Land und Bund

**Finanzielle Auswirkungen:**

Keine

---